

## Kurzbericht über die 49. ordentliche öffentliche Stadtratssitzung

An der Stadtratssitzung nahmen 19 Stadträtinnen und Stadträte teil.

Unter dem Tagesordnungspunkt - **Informationen des Oberbürgermeisters** - kündigte dieser einige ausgewählte Veranstaltungen in der nächsten Zeit an. In Beantwortung einer Stadtratsanfrage aus der letzten Sitzung informierte der OB ausführlich zum aktuellen Stand der Sachsenring-Rennstrecken-Management GmbH wie folgt: Das Geschäftsjahr 2018 ist abgeschlossen. Die Bestätigung des Jahresabschlusses durch die Wirtschaftsprüfung liegt mit uneingeschränktem Prüfungsvermerk seit 28.02.2019 vor. Die Feststellung in der Gesellschafterversammlung erfolgte am 22.03.2019. Der Jahresüberschuss nach Steuern zum 30.9.2018 in Höhe von 47 TEUR wird auf die neue Rechnung vorgetragen. Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 steht seit Oktober 2018. Bisher betrug der Umsatz mehr als 8 Mio EUR, 2018/2019 25 TEUR und in den Jahren 2019/2020 18 TEUR. Der Bedarf an einer Einlage durch die Gesellschafter besteht derzeit nicht.

Aktuell koordiniert die SRM GmbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages für die Grundstücksgesellschaft die Baumaßnahmen, die Fördermittelbeantragung und -abrechnung für die anstehenden Arbeiten am Sachsenring. Die ehemaligen 5 Mitarbeiterinnen sind bei anderweitigen Firmen bzw. auf selbstständiger Basis tätig. Frau Pohlens als Geschäftsführerin ist weiterhin bestellt, befindet sich jedoch derzeit in Elternzeit. Die Räumlichkeiten der SRM GmbH wurden zum 31.12.2018 an den Vermieter übergeben und große Teile des Inventars verkauft. Die Akten sind im Archiv der Stadtverwaltung eingelagert.

Die SRM und ihre Gesellschafter haben den Grand Prix 2011 übernommen und für die Region gerettet. Sie haben den Grand Prix 7 Jahre durchgeführt und nun wieder an den ADAC übergeben. Von Seiten der SRM lief das wesentlich geordneter als oftmals durch Medienberichte vermittelt wurde und wir hoffen nun, dass der Grand Prix auch für die Zukunft am Sachsenring gesichert ist.

Unter **TOP 6 der Tagesordnung** berichtete **Ortsvorsteher Herr Röder** über die vergangene Ortschaftsratsitzung am 15. April 2019 mit anschließender Bürgerversammlung im Ortsteil Wüstenbrand. Schwerpunkte waren hier die Vorstellung des Doppelhaushaltes 2019/2020 durch die Kämmerin Frau Stopp sowie die Vorstellung der neuen Kandidaten zur Ortschaftsratswahl. Als Vorschau auf die Ortschaftsratsitzung am 20. Mai 2019 informierte der Ortsvorsteher, dass in der Sitzung der Straßenbau im Ortsteil Tagesordnungsschwerpunkt sein wird, hier speziell die Kreisstraßen - Brückenstraße, Landgraben und Umgehung S 242. Vertreter des Lasuv werden an der Sitzung teilnehmen und sich den Fragen der Anwohner stellen.

Zu **TOP 7 der Tagesordnung - Anfragen der Bürger und Stadträte** - möchte Frau Stadträtin Rammler wissen, was getan wird bzw. zu tun ist gegen die derzeit verstärkt im Stadtbild auftretenden Schmierereien, so z.B. auf der Südstraße gegenüber der Karl-May-Grundschule. Der OB verwies darauf, dass bei privaten Immobilien der Eigentümer Anzeige erstatten sollte.

Stadtrat Herr Schüppel wies auch im Namen zahlreicher Anwohner der Karlstraße darauf hin, dass verstärkt zwischen 06:00 und 08:00 Uhr sehr viele Fahrzeuge mit nicht angepasster Geschwindigkeit auf der Karlstraße unterwegs sind. Hier sollten mehr Kontrollen durchgeführt werden. Auch wäre das Aufstellen eines Hinweisschildes „Achtung Fußgänger“ zu überlegen. Der Hinweis wurde zur Prüfung an das Straßenverkehrsamt weitergeleitet.

Stadtrat Herr Franke fand, dass die Schmierereien, so u.a. am Haus der Familie Pfau nicht gebilligt werden sollten. Der OB appellierte nochmals an alle privaten Hausbesitzer, derartige Sachen zur Anzeige zu bringen. Seitens der Verwaltung wird im öffentlichen Bereich versucht, diese so schnell als möglich zu entfernen.

Vor der Behandlung der Beschlussvorlagen im Hauptteil der Sitzung stellte Herr Stadtrat Stöbel einen **Antrag auf Änderung der Tagesordnung** lt. Geschäftsordnung des Stadtrates wie folgt:

Die Fraktion PRO HOT beantragte die Tagesordnungspunkte 8.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 und 8.5. Antrag der Fraktionen CDU; SPD/Grüne und FWV/UL zur Straßenbaubeitragssatzung auszutauschen. Begründet wurde der Antrag damit, dass der Vorschlag von drei Fraktionen, sollte dieser so beschlossen werden, möglicherweise Einfluss auf bestimmte andere Haushaltsansätze hat, über die dann im Nachgang noch gesprochen werden muss. Erst den Haushalt zu beschließen und anschließend eine Satzung zu ändern, die dann finanziell in den beschlossenen Haushalt eingreifen würde, wäre aus Sicht der Fraktion nicht stimmig.

Hierzu erfolgte die Abstimmung des Antrages mit folgendem Ergebnis: 11 Ja- Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Somit wurden die lt. Einladung ausgewiesenen Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.5. ausgetauscht.

Im Hauptteil der Stadtratssitzung wurden **5 Beschlussvorlagen** behandelt.

#### **1. Antrag der Fraktionen CDU, SPD/Grüne und FWV/UL zur Straßenbaubeitragsatzung**

Herr Stadtrat Morawitz als Fraktionsvorsitzender der Fraktion FWV stellte den Antrag nochmals vor. „Dem Antrag war ja bereits im Verwaltungsausschuss und Technischen Ausschuss mehrheitlich zugestimmt worden. Es geht darum, die Straßenbaubeiträge abzuschaffen und ich denke die Zeit ist einfach reif, dies auch zu tun. Man muss auch bedenken, dass die erste Straßenbaubeitragsatzung bereits im Juni 1998 in Kraft getreten ist. Es gab damals bereits eine heftige Diskussion dazu und die meisten Stadträte waren dagegen, wenn wir jedoch diese Beitragsatzung nicht beschlossen hätten, hätte es auch keine Fördermittel für unsere Baumaßnahmen gegeben“, so Herr Morawitz.

Es folgten zahlreiche Diskussionsbeiträge und mehrere Anträge der Fraktionen des Stadtrates lt. Geschäftsordnung, so u.a. auch zur textlichen Änderung des eingebrachten Beschlussvorschlages, welche in der Abstimmung keine Mehrheit fanden.

Abschließend beschloss der Stadtrat einstimmig, dass die Straßenbaubeiträge für baulich noch nicht begonnene Straßenbaumaßnahmen abgeschafft werden. Baulich bereits abgeschlossene Baumaßnahmen werden wie geplant nach den Regelungen der gültigen Satzung abgerechnet. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, eine dementsprechende Neuregelung oder Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für Verkehrsanlagen (Straßenbaubeitragsatzung) vorzubereiten und im 2. Halbjahr 2019 dem Stadtrat vorzulegen (**Beschluss 5/49/2019**).

#### **2. Freigabe von Haushaltsmitteln während der vorläufigen Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2019 zur Instandsetzung der Talstraße von Friedrich-Engels-Straße bis Hüttengrundstraße**

Im Februar 2019 erhielt die Stadt vom Freistaat Sachsen die Mitteilung über die Zuwendung von Fördermitteln für Instandsetzungsmaßnahmen. Die Zuweisung dieser Fördermittel erfolgt jährlich ohne Antrag. Die Instandsetzung der Talstraße im oben genannten Bauabschnitt soll nach dem Grand Prix 2019 beginnen. Im Vorfeld wird durch inetz die Gasleitung einschließlich der einzelnen Hausanschlüsse erneuert. Bei der Maßnahme ist die Erneuerung der Deckschicht und der Borde geplant. Die Bushaltestelle wird barrierefrei umgebaut. Der Stadtrat beschloss einstimmig für die Instandsetzung der Talstraße von der Friedrich-Engels-Straße bis zur Hüttengrundstraße die Freigabe von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2019 aus dem Ergebnishaushalt in Höhe von 145.000 EUR zur Durchführung der Auftragsvergabe während der vorläufigen Haushaltsführung (**Beschluss 2/49/2019**).

#### **3. Vereinbarung zum Breitbandausbau mit dem Landkreis Zwickau**

Die Stadt beabsichtigt, den Ausbau der wenigen noch unterversorgten Adresspunkte in unserer Stadt im Rahmen des in Vorbereitung befindlichen Projektes des Landkreises Zwickau realisieren zu lassen. Um den Ausbaustand weiter zu forcieren, zielorientiert umzusetzen und strategisch in die Zukunft gerichtet entwickeln zu können, wurde dazu die Kreisverwaltung mit der weiteren planerischen und organisatorischen Vorbereitung für einen flächendeckenden Breitbandausbau im Landkreis Zwickau beauftragt. Mit dieser Vereinbarung wird die Grundlage geschaffen, die eine Umsetzung der Aufgabe durch den Landkreis Zwickau rechtswirksam ermöglicht.

Mit **Beschluss 3/49/2019** stimmte der Stadtrat einstimmig der Bündelung der kommunalen Aufgabe „geförderter Breitbandausbau in den gegenwärtigen und künftigen unterversorgten Gebieten“ beim Landkreis Zwickau zu und ermächtigte den Oberbürgermeister, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Landkreis Zwickau abzuschließen. Der Stadratsbeschluss 8/26/2017 vom 31.01.2017 wurde aufgehoben.

#### **4. Entwurf Flächennutzungsplan (FNP) - 1. Änderung Aufstellungsbeschluss und Auftragsvergabe**

Durch den OB erfolgte eine ausführliche Präsentation der geänderten Flächen. Die Städte Hohenstein-Ernstthal, Lichtenstein und Oberlungwitz sowie die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Rund um den Auersberg“ planen die 1. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes. Die einzelnen Änderungen wurden im Vorfeld mit dem Amt für Kreisentwicklung des Landratsamtes Zwickau abgestimmt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit einer Enthaltung:

1. die im Sachverhalt genannten Änderungen in den gemeinsamen FNP einzuarbeiten,
2. das notwendige Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch durchzuführen, welches mit dem Aufstellungsbeschluss eingeleitet wird,
3. die Auftragsvergabe zur gemeinsamen 1. Änderung an das Planungsbüro Sachsen Consult Zwickau zu

erteilen,

4. den Entwurf der 1. Änderung zur Genehmigung einzureichen und in Kraft zu setzen  
**(Beschluss 4/49/2019).**

#### **5. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2019 und 2020**

Die erste öffentliche Lesung des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020 fand im Stadtrat am 19.03.2019 statt. Die Bekanntgabe der Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes erfolgte im Amtsblatt April 2019 und per Aushang an den Verkündungstafeln. Der Entwurf lag in der Zeit vom 02.04. bis 10.04.2019 im Rathaus Hohenstein-Ernstthal, in den Diensträumen der Kämmererei öffentlich zur Einsichtnahme aus. Es gab während dieser Zeit eine Einsichtnahme. Einwendungen gegen den Entwurf waren bis zum 23.04.2019 möglich. Es gab keine Einwendungen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 2 Gegenstimmen nach öffentlicher Beratung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2019 und 2020. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, nach Bestätigung durch das Landratsamt, die Haushaltssatzung öffentlich bekannt zu machen und den Haushaltsplan für die Dauer von mindestens einer Woche öffentlich auszulegen  
**(Beschluss 1/49/2019).**